

GÖTTINGER BLÄTTER

04.2021

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► 80 Jahre nach dem Überfall auf die UdSSR: Osteraktion 2021



Kundgebung am Ostersonntag, 4. April, 12.00 Uhr Weender Tor (Audimax)

In diesem Jahr wird es sie – trotz Corona – wieder geben, die traditionelle Osterkundgebung. So hat das Göttinger Friedensforum entschieden. Natürlich mit allen Vorsichtsmaßnahmen wie Abstand, Masken und Schutz des Mikrophons.

Wichtig sei es, so das Friedensforum, dass uns Corona nicht mundtot macht, dass die friedenspolitischen Anliegen auch in diesen Zeiten an die Öffentlichkeit

getragen werden, dass wir sichtbar bleiben und uns nicht mit der Rüstungspolitik der Bundesregierung zufriedengeben.

So ist der Aufruf auch überschrieben mit „Sicherheit durch Abrüstung“. Auch die im Aufruf, der von rd. 40 Einzelpersonen und 10 Gruppen wie auch dem DGB unterstützt wird, genannten Forderungen, drehen sich vor allem um Abrüstungsfragen:

- Verzicht auf nukleare Teilhabe
- Keine Kampfdrohnen
- Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages
- Kein neuer kalter Krieg gegen Russland
- Stopp aller Rüstungsexporte

Die Göttinger Blätter rufen auf, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen und deutlich sichtbar zu machen, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Erhöhung der Militärausgaben nicht billigt!

Es werden neben Martin Kirsch von der Informationsstelle Militarismus (IMI) eine Gewerkschafterin sprechen sowie ein/e Vertreter:in der IPPNW.

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goebloe_2021.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Osteraktion 2021	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. Kreisverband	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Homeoffice	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2021
ist der 16. April.
Auslieferung am 21. April.

Der Aufruf kann angefordert werden unter:
KO_Kreis%Goettinger_
Friedensforum@gmx.de

► 1. Mai 2021 – auch wieder auf der Straße

Agnieszka Zimowska, die Regionsgeschäftsführerin der DGB-Region Südniedersachsen-Harz, teilte am 17 März den eingeladenen Kolleg:innen und Freund:innen mit, dass auch der 1. Mai wieder auf der Straße stattfinden wird. Der Grund hierfür ist identisch mit den Gründen, die oben, im Text zur Osteraktion, genannt werden und auch die coronabedingten Schutzmaßnahmen sind identisch. Alle Teilnehmenden schlossen sich diesen Gründen an und manche deuteten auch an, dass sie andernfalls auch eigene Aktionen geplant hätten.

Der Ablauf:

10.00 Uhr: Treffen am Platz der Synagoge

10.30 Uhr: Demonstration mit verschiedenen Redebeiträgen vom Begleitwagen aus

11.15 Uhr: Ankunft Albiplatz mit Kundgebung

Redner:innen: Dr. Mahrdad Payandeh, Vors. ver.di-Nds und Betriebs-Vertreter:innen

12.00 Uhr: dezentrale Aktionen an verschiedenen Plätzen in der Stadt

Auftakt am 29. April per video





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

► Was wirklich war

Wissenschaftliche Analyse des kommunistischen Widerstands neu erschienen
von Michael Henkes

»Für mich ist es die umfassendste, die beeindruckendste, aber auch die bewegendste Darstellung des deutschen kommunistischen Widerstandes, die ich je gelesen haben.« Peter Gingold

Das vorliegende Buch des britischen Historikers Allan Merson erschien ursprünglich in London 1985, ein Jahr später dann auch in den USA. Es mag auf den ersten Blick verwundern, dass ein Buch, das sich mit der deutschen Geschichte beschäftigt, erst 14 Jahre später, also 1999, auch hierzulande veröffentlicht wurde. Insbesondere dann, wenn man bedenkt, dass in dieser Zeit in der Bundesrepublik keine vergleichbar umfassende Darstellung des deutschen kommunistischen Widerstands erschien.

Auf dem zweiten Blick aber verwundert das dann doch nicht. Ralf Jungmann stellt das in seinem Vorwort umfassend dar: Deutschland tat sich immer sehr schwer damit, seine Widerstandskämpfer und -kämpferinnen zu würdigen. Erst spät konnte man sich zu einem offiziellen Gedenken durchringen. Das beschränkte sich zudem auf die Männer des 20. Juli; später auch der »Weißen Rose«. Kommunisten, die weitaus größte Widerstandsgruppe in Deutschland, hatten folglich keine Anerkennung verdient. Vergessen, verdrängt und verfälscht wurde die Tatsache, dass von den 360.000 KPD-Mitgliedern (Stand: 1933) ca. 150.000 verhaftet wurden und ca. 30.000 ermordet worden sind. Während in Ländern wie Italien und Frankreich der Beitrag der Kommunisten nicht nur nicht geleugnet wurde, sondern auch gesellschaftliche Anerkennung fand (im Übrigen auch der von deutschen Kommunisten im dortigen Widerstand), herrscht in der BRD eisiges Schweigen.

Wieso dieser Exkurs über deutsche Erinnerungspolitik? Nur wer sich der systematischen Leugnung der Leistungen der deutschen Kommunisten im Widerstand bewusst ist, kann den unermesslichen

Wert dieses Buches verstehen. Es ist dem Verlag dafür zu danken, dass dieses in Deutschland nahezu unbekanntes Buch nach 35 Jahren erneut veröffentlicht wurde. In fünfzehn Kapiteln liefert Merson die umfassendste in der BRD erschienene Analyse des deutschen kommunistischen Widerstands. Er beginnt mit einer Darstellung der »Übergangsperiode« nach der Illegalisierung der KPD 1933 und liefert dabei auch noch eine äußerst dichte Kurzdarstellung des organisatorischen Bestands der Partei in den 1930ern. Merson beschreibt eindrücklich die »Erste Phase« des KPD-Widerstands von 1933 bis 1935, der sich noch stark an den politischen Aktionen der Legalität bzw. der Illegalitätserfahrungen in Weimar orientierte. Er schildert anschaulich, mit welcher Loyalität, Disziplin und Selbstaufopferung Tausende Kommunisten (zum größten Teil Facharbeiter) und Kommunistinnen Widerstand leisteten, indem sie Flugblätter verteilten, in Betrieben Widerstand organisierten usw. Zugleich macht er aber in einer akribischen, beispielhaften Analyse u.a. des Düsseldorfer Widerstands deutlich, dass die Unterschätzung des politischen Gegners in Form von Gestapo, Gerichten und Politischer Polizei einen hohen Blutzoll forderte.

Der Zeitraum von 1935/36 bis 1939 ist dann geprägt von dem Versuch, die hohen Verluste der ersten zwei bis drei Jahre zu kompensieren und eine breitere Widerstandsbewegung in Deutschland (Stichwort: Volksfront) zu initiieren. Der Widerstand wurde dezentraler, teilweise lösten sich Gruppen auf, teilweise ging der Kontakt zur Exilführung verloren. Einige tausend Kommunisten beteiligten sich am Spanischen Bürgerkrieg, andere versuchten, die zerschlagenen Strukturen zu reorganisieren. Absurd erscheint nach der Lektüre Mersons der Vorwurf, die Kommunisten hätten aufgrund des Nichtangriffspaktes vom August 1939 zwischen der UdSSR und Nazideutsch-



Allan Merson: Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland. Mit Vorworten von Peter Gingold, Karl-Heinz Jahnke und Ralf Jungmann.
2. Auflage, Neue Impulse Verlag, 2020,
310 Seiten, 19,80 Euro

land den Widerstand eingestellt; noch im Herbst 1939 erfolgte etwa der Versuch, wieder eine zentrale, innerdeutsche Leitung aufzubauen. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion verstärkten sich aber die Tätigkeiten der Kommunisten. Merson beschreibt das sowohl anhand des Widerstands »im Kleinen«, im Betrieb, als auch an größeren Netzwerken wie der Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe oder der größten (und kaum gewürdigten) Widerstandsorganisation: dem Nationalkomitee Freies Deutschland.

Er schließt das Buch mit einem Kapitel zum Erbe des kommunistischen Widerstands und der Aussage: »Die ganze Geschichte des kommunistischen Widerstands wird man nie erfahren. Aber was bekannt ist, reicht aus, um klar herauszustellen, dass es nicht um die Geschichte einiger weniger Heldinnen und Helden handelt (auch wenn es genug Heroismus gab), sondern um einen ungebrochenen, zwölf Jahre währenden Kampf von vielen tausend einfachen arbeitenden Menschen.«

Ein weiterer Artikel auf Seite 5

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Statt Mitgliederversammlung: Video-Treffen am 13. April

Zugangsdaten folgen kurzfristig per mail oder können hier angefordert werden:
goettingen@fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Kubanische Impfstoffe erregen weltweit Aufmerksamkeit

Auch wenn die Leistungen Kubas bei den großen Zentren der globalen Kommunikation immer der Manipulation oder dem Verschweigen unterworfen gewesen sind, konnte man jetzt dieser Logik nicht mehr folgen Autor: Milagros Pichardo | internet@granma.uv

Die Ergebnisse der fünf kubanischen Impfstoffkandidaten gegen COVID-19 zeigen, dass die kubanische Wissenschaft nicht auf Anerkennung aus ist, sondern für den Dienst an ihrem Volk und der Menschheit arbeitet. In der Grafik sieht man die manuelle Überprüfung des Kandidaten.

„Während sich die Welt im Wettkampf um Impfstoffe befindet, ist Kuba dabei seine eigenen zu entwickeln“, so heißt es in einer ausführlichen CNN Reportage, in der hervorgehoben wird, dass dieser Einsatz unseres Landes eine Antwort auf die internationale Krise des öffentlichen Gesundheitssystems sei. Der Text betont, dass die Tatsache, dass Kuba vier Impfstoffkandidaten habe, eine gute Nachricht nicht nur für die Insel, sondern auch für die Karibik und Lateinamerika sei.

Nach Monaten des Schweigens seitens der großen Medienmonopole haben in den letzten Wochen einige Medien die kubanischen Anstrengungen zur Kontrolle der Epidemie und zur Schaffung eines eigenen Impfstoffs aufgenommen. Nicht wenige darunter gingen auf den Eintritt in die Phase III der klinischen Versuche von zweien der fünf Impfstoffkandidaten ein, über die wir verfügen: Soberana 02 und Abdala.

Die Resonanz auf die biotechnologischen Fähigkeiten Kubas ist ein Beweis, dass trotz der Belagerung durch die Vereinigten Staaten, die Insel sich auf die Entwicklung einer Industrie konzentriert, die heute nicht nur dem Anstieg der COVID-19 Fälle Einhalt gebieten könnte sondern auch deren verheerenden Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Medien wie die französische AFP, die Tageszeitung „Gestión“ von Peru und CGTN, das Netz der Fernsehkanäle Chinas melden: „Zwei kubanische antiCOVID Impfstoffe sind bereit, im März mit der Phase III zu beginnen“. Weiter wird betont, dass Kuba mit seinen 11,2 Millionen Einwohnern sich aktuell einem Wiederaufflammen des Virus

gegenübersieht, seine niedrige Sterblichkeitsrate aber beibehalte.

Die spanische Tageszeitung „La Vanguardia“ schreibt: „Eine Impfung für diejenigen, die Kuba besuchen“, und bezieht sich dabei auf den Vorschlag der Regierung Kubas alle Reisenden, die die Insel besuchen, zu immunisieren“. „Kuba hat große Erfahrung bei der Herstellung und Verteilung von Impfstoffen“ und sie führt weiter aus, dass heutzutage acht der 11 Impfstoffe, die den kubanischen Kindern verabreicht werden, im Land hergestellt würden. Radio France Internacional hob hervor, dass „einen Impfstoff gegen COVID-19 zu produzieren eine Heldentat sei, denn Kuba würde so zum ersten Entwicklungsland, das auf seine eigene Lösung gegen die Pandemie verfügt“.

Die mexikanische Zeitung „La Jornada“ betonte auch die Entwicklung des fünften Impfstoffkandidaten mit dem Namen Soberana plus, der für von dieser Krankheit Genesende gedacht ist und die spanische Nachrichtenagentur EFE wies daraufhin, dass Soberana 02 der erste mögliche lateinamerikanische Impfstoff sei, der in die letzte Erprobungsphase trete und außerdem unter den strengsten internationalen Standards durchgeführt werde, „denn es handelt sich dabei um eine multizentrische, adaptive, randomisierte, placebokontrollierte Doppelblindstudie mit parallelen Gruppen.“

Die spanische Tageszeitung „El País“ stellte fest, dass die kubanischen Impfstoffe eine wissenschaftliche Leistung darstellten, die das Ziel näherkommen lasse, vor Jahresende die gesamte Bevölkerung zu immunisieren, obwohl Kuba von den mehr als 2 Milliarden Dollar an internationaler Hilfe, die für die Forschung zur Suche nach einem Impfstoff gegen die Krankheit bereitgestellt wurden, nichts angerührt habe.

Der deutsche Fernsehkanal DW brachte zum Ausdruck, dass Kuba über die technologische Kapazität verfüge, um 100 Millionen Dosen von Soberana 02 zu

produzieren, eine Zahl, mit der man den internen Bedarf befriedigen und in andere Länder exportieren könne. Er betonte, dass angesichts der hohen weltweiten Nachfragen von Milliarden an Dosen – wobei sich Länder wie Kanada und England bereits die Abdeckung für über 300 % ihrer Bevölkerung gesichert hätten – der Ansatz Kuba richtig erscheine. „Außer dass es seine eigene Bevölkerung immunisiert und durch die Pandemie gebremste wirtschaftliche Aktivitäten freisetzt, könnte das Land mit diesem biotechnologischen Produkt in den Markt eintreten und eine Plattform für zukünftige Entwicklungen haben.“

Die US Tageszeitung „The New York Times“ stellte heraus, dass „die Produktion des Impfstoffs durch die von der Regierung Trump durchgeführte Verschärfung der Sanktionen erschwert worden sei. Die Wissenschaftler sagen, dass sie nicht alle Geräte und Rohstoffe kaufen konnten, die sie benötigten (...)“.

Auch wenn die Leistungen Kubas bei den großen Zentren der globalen Kommunikation immer der Manipulation oder dem Verschweigen unterworfen gewesen sind, konnte man jetzt dieser Logik nicht mehr folgen.

Es ist dies ein große Anstrengung von Frauen und Männern gewesen, die inmitten der Verschärfung der völkermörderischen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade durch die größte Macht des Planeten, keine Zeit verschwendet haben, um ein Leben zu retten, sowohl im eigenen Land als auch an verschiedenen Orten der Welt, ohne dafür eine Schlagzeile in der Presse zu erwarten, auch wenn man ein aus sich strahlendes Licht nicht auslöschen kann.

Die kubanische Wissenschaft strebt nicht nach Anerkennung, sondern nach Antworten. Sie forscht nicht um Ehren zu erhalten, denn es gibt keine größere Zufriedenheit, als die, sich in den Dienst des Volkes zu stellen.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

Nein zum Entwurf des KitaG

Wieder einmal bleibt nur "Klatschen vom Balkon". Diesmal für die in den Kindertagesstätten Beschäftigten, für die dort betreuten Kinder, für deren Eltern.



Die niedersächsische Landesregierung hat den Entwurf eines neuen KitaGesetzes vorgelegt und erntet von allen Seiten berechtigte Kritik. Ein Bündnis von Wohlfahrtspflege, Gewerkschaft und Elterninitiativen stellt fest: "Der vorgelegte Entwurf bleibt weit hinter den Herausforderungen, die in den nächsten Jahren die Tageseinrichtungen für Kinder und die Kindertagespflege betreffen, zurück. Die bestehenden über 27 Jahre alten personellen und räumlichen Mindeststandards werden trotz gesteigener Aufgaben und Anforderungen an die pädagogische Arbeit weder überprüft noch angemessen reformiert."

"Es ist unverantwortlich, dass die Forderung nach der dritten Fachkraft in den Gruppen der 3-6-Jährigen nicht berücksichtigt wird. Wir brauchen eine bessere Personalausstattung, kleinere Gruppen, damit wir allen Kindern gerecht werden können." sagt Ruth Kiefer, vom verdi-Bezirksvorstand Südost-Niedersachsen. Und weiter: "Unter Corona-Bedingungen in den Kitas oder auch in den Schulen zu arbeiten, ist eine enorme Belastung. Andererseits haben wir die Erfahrung gemacht, dass wir in den kleinen, z.T. nur halb so großen Gruppen viel intensiver mit den Kindern arbeiten konnten. So könnte es bleiben, auch ohne Corona! Nur mit einer ausreichenden Personalausstattung können

wir dem Recht auf Chancengleichheit aller Kinder gerecht werden."

"Gerade Frauen sind von einem guten oder schlechten Kita-Gesetz betroffen," stellt Inge Scharna fest, Frauensekretärin der DKP Niedersachsen. "Frauen sind auf flächendeckende und ganztägige Kita-Betreuung angewiesen. Lockdown und monatelange Kita-Teilschließungen haben Frauen in traditionelle Rollen zurückgeworfen, die anscheinend noch lange nicht überholt sind."

Auch Kinder baden Personalmangel in den Kitas aus" kritisiert der Elternvertreter Tawfik L. aus Göttingen. "Kindergärten übernehmen z.B. bei der Sprachförderung eine wichtige Rolle in der Frühbildung der Kinder. Gerade migrantische Kinder, Kinder aus sozial prekären Verhältnissen, Kinder mit Beeinträchtigungen sind auf individuelle Förderung, auf entspannten Erzieher:innen stärker als andere angewiesen. Sonst werden deren Chancen auf bessere Bildung und sozialen Aufstieg verbaut".



Das Bündnis "Kitas brauchen mehr" stellt vollkommen richtig fest: "Die vom Land gestartete "Fachkräfteoffensive" führt zwar zu mehr Absolventinnen und Absolventen, die jedoch nur dann dauerhaft in diesem Arbeitsfeld bleiben, wenn die Arbeitsbedingungen für sie stimmen.

Mitgliederversammlungen im April

06. April

20. April

Bei Redaktionsschluss standen die Themen noch nicht fest. Sie werden per mail kommuniziert oder können unter goettingen@dkp-niedersachsen.de erfragt werden.

Alle MV'en finden jeweils um 19.00 Uhr im Video-Format statt. Die Zugangsdaten werden kurzfristig per mail zugesandt oder können hier abgefragt werden:

goettingen@dkp-niedersachsen.de

Ein modernes KiTaG mit einem angemessenen Fachkräfte-Kind-Schlüssel kann zu den notwendigen und längst überfälligen Qualitätsverbesserungen in Kindertageseinrichtungen führen. Dieser Zukunftspakt muss dringend angegangen werden."

Die DKP Niedersachsen unterstützt die Forderungen der Beschäftigten und der Gewerkschaft verdi nach Einführung einer dritten Kraft in den Kindergarten-Gruppen, nach Neuregelung und Verbesserung der Freistellungszeiten für Kita-Leitungen und Verfügungszeiten für pädagogische Fachkräfte, auf einen Anspruch auf einen inklusiven Platz für Kinder mit Beeinträchtigungen, nach kostenlosen, ganztägigen und flächendeckenden Kindereinrichtungen in Land und Stadt.

Zu dem Totschlag-Argument, dass das alles nicht zu finanzieren sei, stellt Achim Bigus, Bezirksvorsitzender der DKP Niedersachsen fest: "So lange die politisch Herrschenden jedes Jahr über 50 Mrd. Euro für Rüstung verpulvern, so lange sie auf die Wiedereinführung der Vermögenssteuer verzichten und eine einmalige Vermögensabgabe für überflüssig halten und so lange sie auf die Eintreibung der durch CumEx-Betrug ergaunerten Milliarden verzichten, sollen sie uns nicht mit angeblich leeren Kassen kommen."

(Beschluss des DKP-BV v. 2.3.2021)

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: **Montags, z.Zt. 19.00 Uhr per Video**



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Hier könnte bezahlbarer Wohnraum entstehen!

Das brachliegende Grundstück Rodeweg, Ecke Elmweg (ehemalige Blaue Hallen) gehört der Stadt Göttingen und sie soll es auch behalten. Wir denken, dass auf dem Platz der „Blauen Halle“ bezahlbarer Wohnraum für viele entstehen kann. Denn: Göttingen will bis zum Jahr 2030 ca. 5.000 Wohneinheiten in diesem Segment erstellen.

deshalb laden wir ein zur

**Kundgebung am Donnerstag,
8. April 2021, 17.00 Uhr
Rodeweg / Ecke Elmweg**

Warum „bezahlbarer Wohnraum“?

65 % aller Göttinger*innen brauchen günstigen Wohnraum! Sozialen Wohnungsbau brauchen also auch Menschen mit "normalem" Einkommen, nicht nur Sozialhilfeempfänger*innen. „Bezahlbarer Wohnraum“ aber ist Wohnraum, der gefördert wird bzw. bei dem kein Kauf des Grundstücks stattfinden muss. Günstiger Wohnraum heißt 6,00 bis 7,50 Euro pro qm.

Wenn für Miete max. 30 % eines Einkommens (samt Nebenkosten) ausgegeben werden soll, dann müsste einer Familie bei einem Preis von 10 Euro pro qm und 150 Euro Nebenkosten etwa 2.700 Euro Nettoeinkommen zur Verfügung stehen, wenn sie eine 75 qm-Wohnung bewohnen wollte.

Bei einem qm Preis von 7,50 Euro müsste eine Familie „nur“ noch 1.800 Euro Nettoeinkommen haben. Dies trifft tatsächlich die Mehrheit der Göttinger*innen.

Warum kein Verkauf städtischer Grundstücke an Privat?

Private Investoren haben ein einziges Interesse: Sie wollen mit der Miete Einnah-



men erzeugen. Die Aktienbesitzer*innen wollen „Prozente“ sehen: Vier bis Fünf Prozent werden im Immobiliengeschäft schon erwartet. Und diese Prozente kommen auf die Miete ´drauf.

Wer sollte bauen?

Die Städtische Wohnungsbau oder die in Göttingen tätigen Genossenschaften aber haben dieses Interesse nicht in diesem Maße. Daher entfallen diese „Prozente“. Die Wohnungsgenossenschaften könnten in Erbaurecht das Grundstück bebauen.

Wohnideen:

Das Gelände der „Blauen Hallen“ sind ein prima Gelände für moderne Wohnformen, die gefördert werden sollen:

- gemeinschaftliches Wohnen von Alleinerziehenden ermöglichen.
- Mehrgenerationenwohnen mit pflegebedürftigen Angehörigen
- Große Wohnungen für Familien mit vielen Kindern



► #everynamecounts Crowdsourcing-Projekt der Arolsen Archives

Das Dokumentationszentrum Arolsen Archives (<https://arolsen-archives.org>) ruft zu einem digitalen Mitmachprojekt auf, um gemeinsam eine Mammutaufgabe zu stemmen: Aus den bestehenden Sammlungen in Bad Arolsen soll das weltweit größte Online-Archiv über die Opfer des Nationalsozialismus entstehen. In den Archivbeständen, die rund 26 laufende Papierkilometer umfassen, befinden sich ungefähr 30 Millionen Dokumente sowie Hinweise auf die Schicksale von 17,5 Millionen Menschen, die während des Nationalsozialismus verhaftet, verfolgt, als Zwangsarbeiter ausgebeutet und/oder ermordet wurden. Heute lassen sich bereits Informationen zu Millionen Namen aus den Archivbeständen digital recherchieren, aber Abermillionen weitere Daten harren noch der digitalen Erfassung. Aus diesem Grund hat das Dokumentationszentrum das Citizen Science Projekt #everynamecounts gestartet, bei dem jede und jeder von seinem heimischen Rechner aus aktiv mithelfen kann, für das Online-Archiv die entsprechenden Informationen aus den historischen Dokumenten zu erfassen.

Mehr zum Projekt und zu den Mitmachmöglichkeiten unter:
<https://www.zooniverse.org/projects/arolsen-archives/every-name-counts/about/research>

**Wer etwas will, findet Wege.
Wer etwas nicht will, findet Gründe!**



Einladung zur Aufstellungsversammlung für die Wahl der/des Kandidat/in zur Direktwahl der/des Landrates/Landrätin des Landkreises Göttingen sowie zur Aufstellungsversammlung für die Kreistagswahl am 12.09.2021

am **Mittwoch, 14. April 2021, ab 18:00 Uhr** im Jungen Theater, Saal, Bürgerstr. 15, 2. Etage (Eingang Gartenstr.), 37073 Göttingen.

Tagesordnungsvorschlag:

18:00 Uhr Kreismitgliederversammlung

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll
2. Beschluss über das Kreiswahlprogramm und Mandatsträgerabgaben

18:15 Uhr Aufstellungsversammlung für die Wahl der/des Kandidat/in zur Direktwahl der/des Landrates/Landrätin des Landkreises Göttingen am 12.09.2021

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Wahl der Versammlungsleitung und der/des Schriftführer/in
2. Wahl der Wahl- und Zählkommission, Vertrauensleute, Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
3. Vorstellung der Kandidaten/Kandidatinnen
4. Wahl und Bekanntgabe des Wahlergebnisses

18:45 Uhr Aufstellungsversammlung für die Kreistagswahl am 12.09.2021

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Wahl der Versammlungsleitung und der/des Schriftführer/in
2. Wahl der Wahl- und Zählkommission, Vertrauensleute, Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
3. Aufstellung der Listen für die Kreistagswahl
4. Wahlen und Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Vorgaben aus dem Wahlgesetz:

Wahlberechtigt sind alle Parteimitglieder, die am Tag der Aufstellungsversammlung zur Wahl des Kreistages des Landkreises Göttingen wahlberechtigt sind.

Bitte bringt deshalb zur Überprüfung der Stimmberechtigung einen gültigen Personalausweis oder eine aktuelle Meldebescheinigung mit.

Es gelten die Hygiene- und Schutzmaßnahmen des Jungen Theaters Göttingen.

Aufstellungsversammlungen der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

am **Samstag, 17. April 2021, ab 11 Uhr** im Jungen Theater, Saal, Bürgerstr. 15 (2. Etage), Göttingen

Aufstellung der Wahllisten zur Stadtratswahl und zur Wahl der Ortsräte Geismar und Grone

Siehe ausführliche Ankündigung auf der GöLi-Seite 10

GöLi-Aktiven-Treffen in der Göttinger Weststadt

Montag, 12. April, 19.00 Uhr, Bürgerhaus Grone, Martin-Luther-Straße 10 (Zufahrt vom Greitweg aus)

Siehe ausführliche Ankündigung auf der GöLi-Seite 10

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail: ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

Presseerklärung Die LINKE LV Niedersachsen am 11.03.2021:

► Umfragewerte für DIE LINKE geben Rückenwind für die Kommunalwahl

Pünktlich vor dem Landesparteitag der niedersächsischen LINKEN an diesem Wochenende liegt die Partei laut einer aktuellen Umfrage zur Landtagswahl bei 5 Prozent. Hierzu erklärt Lars Leopold, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Niedersachsen: „Die Richtung für DIE LINKE stimmt. Es freut uns, dass wir als Partei in Umfragen stabil bei 5 Prozent gehandelt werden. Das ist uns Ansporn noch stärker bei den Menschen um Zustimmung für unsere politischen Ziele zu werben.“ Leopold weiter: „Der Unmut in breiten Teilen der Bevölkerung über den schleppenden Beginn der Impfungen, dem unzureichenden Schutz der Altenheime, das Chaos bei der Organisation des Schulbetriebs und das Abwälzen der Verantwortung bei Kinderbetreuung auf Eltern und pädagogische Fachkräfte ist

mehr als verständlich. DIE LINKE hat hier wiederholt auf die Probleme hingewiesen und deutliche Forderungen aufgestellt, wie etwa den Schutz in den Altenheimen durch regelmäßige Testungen zu erhöhen und mit Hilfe des Wechselmodells und ausreichender Ausstattung den Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen zu gewährleisten. Wir gehen motiviert in den diesjährigen Kommunalwahlkampf und werden unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie in den Städten, Gemeinden und Kreisen verstärkt für bezahlbares Wohnen, einen Ausbau des Bus- und Bahnverkehrs mit Senkung der Preise und für Investitionen in Schulen und Kitas werben. Mit Blick auf die Corona-Pandemie und ihre Folgen wird DIE LINKE weiter nach Wegen suchen, wie wir unsere Forderungen nach sozialer

Sicherheit, für ein öffentliches Gesundheitswesen und eine gerechte Beteiligung der Reichen und Vermögenden an den Krisenkosten noch besser in die Öffentlichkeit tragen können.“

Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende der niedersächsischen LINKEN betont: „Eine Mehrheit der Menschen befürwortet weiterhin grundsätzlich Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Um die Verbreitung des Virus eindämmen zu können, braucht es aus Sicht der LINKEN u.a. endlich die angekündigten Testmöglichkeiten, die kostenfrei zur Verfügung stehen müssen. Außerdem notwendig ist eine zügige Verbesserung der Kontaktnachverfolgung durch eine deutliche Verstärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie kostenfreie FFP2-Masken für alle Menschen, die sich diese nicht leisten können. Damit die Produktion von Impfstoffen endlich angekurbelt werden, gehören die Patente freigegeben. DIE LINKE sieht sich durch die aktuellen Umfragewerte auch in diesen Forderungen bestätigt und wird weiter dafür Druck machen. Aber auch ein verstärkter Einsatz für soziale Gerechtigkeit, für eine Verkehrswende, für Klimaschutz und für einen sozialökologischen Umbau ist angesichts der Klimakrise dringend notwendig!“

► Wahlsonntag im März

Am 14. März fanden zeitgleich Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie Kommunalwahlen in Hessen statt. Im Fokus der Berichterstattung standen die Landtagswahlen. Für DIE LINKE hatten sie keine besondere Bedeutung: Beide Bundesländer gehören mit Bayern zu den Bundesländern, in denen bisher DIE LINKE noch nie in einem Landesparlament vertreten war. Gerade unter Corona-Bedingungen, ohne Straßenwahlkampf hier eine Trendwende zu erreichen, ist praktisch nicht möglich. Im Vorfeld wurden so auch diesmal unserer Partei keinerlei Chancen für einen Parlamentseinzug eingeräumt.

Ergebnisse der LINKEN	2021	2016	2011	2006 als WASG
Baden-Württemberg	3,6%	2,9%	2,8%	3,1%
Rheinland-Pfalz	2,5%	2,8%	3,2%	3,0%

In beiden Ländern liegen die Ergebnisse jeweils um 3%. Interessanterweise erreicht der LV Baden-Württemberg diesmal sein bisher bestes Ergebnis, der LV Rheinland-Pfalz sein schlechtestes. Soweit, so deprimierend.

Kommunalwahl in Hessen

Wesentlich erfreulicher sind die Bedingungen in Hessen, das das größte Bundesland ist, in dem DIE LINKE (seit 2008 durchgehend) in einem Landesparlament vertreten ist. Dem entsprechend ist DIE LINKE dort auch gut kommunalpolitisch verankert. Erfreulich trotz der Corona-Pandemie mit ihren erschwerten Bedingungen, ist die Tatsache, dass die Ergebnisse in etwa denen vor fünf Jahren entsprechen oder in Einzelfällen auch mal leicht gestiegen sind. Das gibt Hoffnung für unsere eigenen Kommunalwahlen am 10. September.

Interessante Städte und Kreise:

Der Antritt erfolgt nicht überall als Partei, sondern auch als linke Wählergemeinschaft. Diese Ergebnisse fließen dann nicht in das landesweite Ergebnis ein. Ergebnisse laut hessenschau.de:

- **Land: 4,1% (+0,6%)**
- **Stadt Kassel: 11,2% (+0,6%),** jetzt als Partei, vorher als Kasseler Linke
- **Landkreis Kassel: 4,1% (+0,2%)**

- **Werra-Meißner-Kreis: 4,1% (-0,4%)**
- **Witzenhausen: 3,7% (-0,8%)**
- **Eschwege: 4,3% (-1,3%)**
- **Landkreis Marburg-Biedenkopf: 7,1% (+0,6%)**
- **Marburg: 11,7% (-2,1%)**
- **Wetter: 10,4% (+2,3%)**
- **Gießen: 7,7% (-0,6%)** als Gießener Linke
- **Frankfurt: 7,9% (-0,1%)**
- **Darmstadt: 7,4% (+0,6%)**
- **Wiesbaden: 6,2%** (unverändert)
- **Offenbach: 8,5% (+0,7%)**

Beim Landesergebnis können Antritte als Wählergemeinschaft nicht berücksichtigt werden. Häufig spielen auch die Wahlantritte kleinerer Parteien eine Rolle und erscheinen auf der Seite der LINKEN und ihrer Wähler*innengemeinschaften als Prozentabzüge. So trat in Gießen und Witzenhausen erstmals die Satire-PARTEI an.





DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Landesparteitag mit wichtigen Impulsen

von Manfred Engelbert

Am Wochenende 13./14. März fand der Parteitag unseres Landesverbandes in Hannover statt. Es wurde ein Landesvorstand mit teilweise neuen Personen, darunter viele auch hauptamtliche Gewerkschaftsvertreter*innen, gewählt und die beiden Landesvorsitzenden, Heidi Reichinnek und Lars Leopold, wurden wiedergewählt. Die Wiederwahl der Landesvorsitzenden hatte jedoch eine besondere Qualität: Es ist in unserem Landesverband allgemein anerkannt, dass die beiden sehr gute Arbeit machen, nicht nur, aber auch durch eine kontinuierliche, inhaltlich fundierte Pressearbeit, dass sie unsere Partei

würdig vertreten und für alle Strömungen ein offenes Ohr haben. Als Ergebnis des Wahlgangs ohne Gegenkandidat*innen (!) erschienen jedoch sehr niedrige Wahlergebnisse: 58 und 63 %. Man sah in betretene Gesichter. Wer hatte die Absicht, die Vorsitzenden und die Partei so dastehen zu lassen? Dies lässt sich wohl nicht mehr klären, aber es ist auch klar, dass die Landespartei trotzdem gestärkt aus diesem Landesparteitag hervorgeht, geführt durch ihren neuen Landesvorstand und ihre Vorsitzenden.

Wichtig war auch ein Initiativantrag zur Unterstützung der kämpfenden Kol-

leg*innen in der Metall- und Elektroindustrie. Nach einer langen Phase der Lähmung durch Hygieneregeln und Versammlungshindernisse finden die Kolleg*innen ihre Handlungsfähigkeit unter erschwerten Bedingungen wieder. Das ist auch notwendig: Bisher hat die Krise die Reichsten beschenkt und der Rest bangt um seine ökonomische Existenz. Es ist wichtig, dass gewerkschaftliche Kampfmittel genutzt werden.

In Sachen Klimawandel wurde ein besonderer Antrag einstimmig, bei nur einer Enthaltung, beschlossen: Antrag A5 „Energieintensive Industrien auf den Prüfstand“. Er gibt Hinweise, wo die ökologische Frage eine Klassenfrage ist. Gibt es etwa Kapitale, die bisher völlig ungeschoren durch die Klimakrise gekommen sind, aber eigentlich Hauptverursacher sind? Warum nehmen z.B. die Grünen diese Akteure bisher gar nicht aufs Korn? Im Gegenteil haben sie mit dem rot-grünen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) seit Beginn der 2000er Jahre ausgerechnet diese Industrien, deren Prozesse doch eigentlich dringend energetisch optimiert werden müssten, von der EEG-Umlage befreit. Von welchen Unternehmen bekommen die Grünen denn ihre Spenden und welche Kräfte unterstützen sie auf die unterschiedlichste Art und Weise mit PR-Arbeit? Je mehr „besondere“ Akteure von einer „EEG-Umlage“ genannten Klima-Abgabe befreit werden, desto höhere Kosten kommen auf die Allgemeinheit zu. Das macht ökologische Politik und erneuerbare Energien zum Feindbild für die große Mehrheit. Ganz im Gegenteil könnte die Umwelt und die große Mehrheit durch einen radikalen Umbau unserer Industriegesellschaft, weg von Dinosauriertechnologien, hin zu rationalen Produkten, Ausbau des ÖPNV und des Schienenverkehrs auf Kosten der Reichsten profitieren. Die Stärkung von regionalen Strukturen und gezielter Einsatz von menschlicher Arbeitskraft statt Energieverschwendung für schwachsinnige Routinen sind notwendig. Mit dem Beschluss des Antrags hat der Landesverband den Bundesvorstand der LINKEN aufgefordert, eine Konferenz auszurichten, die sich mit den verschiedenen Facetten der energieintensiven Industrien auseinandersetzt. Sie soll auch untersuchen, wo die „Segnungen“ von BMW/Quandt, Siemens, Thyssenkrupp oder auch der Zementindustrie bei näherem Hinsehen vollständig durch ganz andere Technologien und Materialien ersetzbar sind. Diesen Antrag A5 und vor allem auch erste Recherchen/Hintergründe findet man auf der Seite der Landesarbeitsgemeinschaft Ökologische Plattform Niedersachsen.



Einblicke in die Hintergründe von hegemonialer Klimabewegung, der Partei Bündnis90/Grüne und von Wasserstoffstrategien. Die Einblicke eröffnen den Weg in eigenständige Wege der LINKEN für einen vom Kapital unabhängigen, klassenbewussten sozialökologischen Umbau.

Hier: Der laut Forbes 42,5 Milliarden Dollar schwere Industriekapitän Stephan Schmidheiny, wie er seine Rolle für den Rio-Erdgipfel 1992 und die 12-jährige Severn Cullis-Suzuki selbst darstellt.

Quelle (eigene Grafik, modifiziert nach): <https://www.stephanschmidheiny.com/de/wissenschaft/>

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



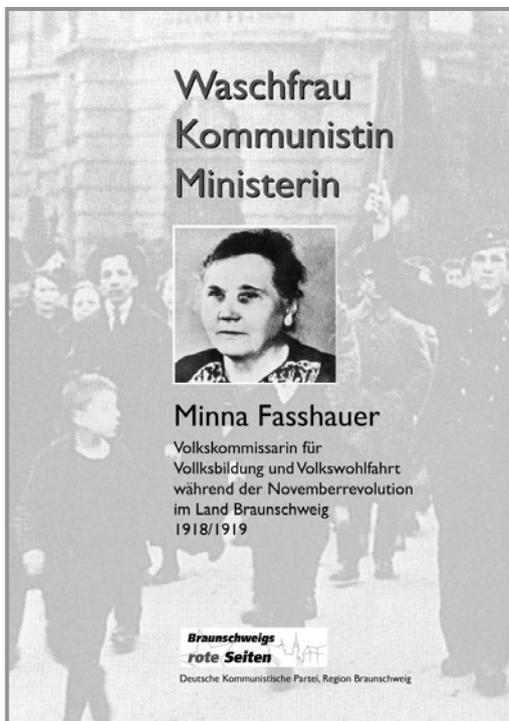
► Schaufenster-Ausstellung zu Minna Faßhauer

Die DKP-Göttingen nahm den 8. März 2021 zum Anlass, um das Schaufenster des Roten Foyers mit einer kleinen Ausstellung zu Minna Faßhauer zu gestalten. Ein großes Foto zeigt die Braunschweiger Genossin mit ernstem aber freundlichem Ausdruck, drei weitere Tafeln bringen interessierten Passant*innen Auszüge und Stationen ihres Lebens nahe.

Minna Faßhauer wurde 1875 in eine Arbeiterfamilie geboren. Der Vater starb 1878, als Minna drei Jahre alt war, sie erlebte eine von Not geprägte Kindheit: „Meine Mutter erhielt keinerlei Unterstützung und so mussten wir Kinder sehr früh mithelfen, unser Brot zu verdienen“ (Wahlkampfflugblatt der KPD zur Kommunalwahl 1946). Minna besuchte die Volksschule und musste neben der Schule aber arbeiten, um die Familie zu unterstützen: „Ich habe schon als Kind von 6 Jahren zum Lebensunterhalt der Familie beisteuern müssen“. 1893 kam sie als Dienstmädchen nach Braunschweig. 1903 trat Minna Faßhauer, die schon von Jugend an mit sozialistischen Schriften vertraut war, in die SPD ein. Dort engagierte sie sich in besonderer Weise für die Anliegen von Frauen, für die Arbeiterkinder und die Jugendbildung. Minna Faßhauer dazu: „Schon als junges Mädchen hatte ich Gelegenheit, sozialistische Schriften zu lesen. (...) Wir Frauen durften damals noch nicht am öffentlichen politischen Leben teilnehmen. Wir kamen dennoch heimlich zusammen. Der von uns Frauen geführte Kampf, voll unterstützt durch die Männer, führte 1908 zum Siege und damit zu unserer Gleichberechtigung im Versammlungsleben. Von da ab stand ich ständig in den Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft, habe auch meine Söhne in diesem Sinne erzogen“ (zitiert nach Heide Janicki). Minna Faßhauer

setzte sich für das Frauenwahlrecht ein, war von 1913 bis 1915 Mitglied der Kinderschutzkommission der SPD und wirkte während der Kriegsjahre an Kinderfreizeiten für Arbeiterkinder mit.

Politisch näherte sie sich den Positionen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an, vertrat eine strikte Antikriegshaltung, wurde Mitglied im Spartakusbund und ab 1917 Mitglied der USPD. Am 10.11.1918 wurde in Braunschweig die „Sozialistische Republik Braunschweig“ ausgerufen. Minna Faßhauer wurde das Amt der Volkskommissarin



für Volksbildung übertragen. Damit war sie die erste Ministerin in Deutschland. Minna Faßhauer brachte 1918 als Volkskommissarin für Volksbildung Gesetze auf den Weg, die bis heute Wirkung entfalten: Befreiung der Schulen von der Oberhoheit und Weisungsbefugnis der Kirche, Schaffung der gesetzlichen

Rotes Zentrum im April

Ausstellung des Ortsverbandes der Partei Die Linke gemeinsam mit der Leser*innen-Initiative der Tageszeitung junge Welt im Schaufenster des Roten Foyer: Lagerwiderstand und (Selbst-) Befreiung der Häftlinge im Konzentrationslager Buchenwald (bei Weimar).

Grundlage für weltliche Einheitsschulen, an denen die Geschlechtertrennung aufgehoben wurde, Verbannung von Kriegs- und Fürstenverherrlichung aus den Schulbibliotheken und aus dem Unterricht. Im Herbst 1919 schloss sich Minna Faßhauer der Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) an, die im April 1920 vom bisherigen linken Flügel der KPD gegründet wurde.

Am 6.9.1921 wurde Minna Faßhauer verhaftet, weil man sie verdächtigte „an der Herbeischaffung des Dynamits beteiligt gewesen“ zu sein, das im Juli 1921 bei einer Reihe von Sprengstoffanschlägen verwendet wurde. Als 1934 eine Widerstandsgruppe bei der Verteilung von Druckschriften von den Nationalsozialisten gefasst wurde, nutzte die Politische Polizei die Gelegenheit, „ohne Rechtsgrundlage auch gegen weitere unliebsame Gegner vorzugehen und es wurden weitere 16 Verdächtige verhaftet“ (Prof. Dr.h.c. Gerd Biegel), unter ihnen, am 27.5.21935, Minna Faßhauer. Am 24. Oktober 1935 wurde sie in das KZ Moringen eingeliefert, aus dem sie erst am 13. Januar 1936 gesundheitlich erheblich geschwächt entlassen wurde.

Nach der Befreiung vom deutschen Faschismus war Minna Faßhauer wieder für die KPD aktiv. Sie starb, während einer Frauenversammlung der KPD in Hannover, am 28. Juli 1949 an einem Gehirnschlag.

<https://www.minna-fasshauer.de/>



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Aufstellungsversammlungen der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke zur Kommunalwahl 2021

am **Samstag, 17. April 2021, ab 11 Uhr** im Jungen Theater, Saal, Bürgerstr. 15 (2. Etage), Göttingen. (Vor dem Einlass stehen Corona-Schnelltests zur Verfügung.)

Aufstellungsversammlung zur Wahl des Rates der Stadt Göttingen

Tagesordnungsvorschlag:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Wahl der Protokollführung
3. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
4. Beschluss der Tagesordnung
5. Wahl einer Versammlungsleitung
6. Wahl einer Schriftführerin / eines Schriftführers
7. Wahl einer Wahlkommission
8. Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
9. Wahl von 2 Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
10. Vorstellung der Kandidat*innen
11. Wahl der Kandidat*innen
12. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Stimmberechtigt sind die Mitglieder der Göttinger Linken, die ihren Erstwohnsitz im Gebiet der Stadt Göttingen haben und wahlberechtigt für die Kommunalwahlen sind.

Anschließend ab ca. 13.00 Uhr:

Aufstellungsversammlungen zur Wahl der Ortsräte Geismar und Grone

Tagesordnung: Die oben stehende Tagesordnung gilt entsprechend.

Stimmberechtigt sind die Mitglieder der Göttinger Linken, die ihren Erstwohnsitz im Gebiet der jeweiligen Orte haben und wahlberechtigt für die Kommunalwahlen sind.

GöLi-Aktiven-Treffen im Wahlbereich 3 Weststadt

Montag, 12. April, 19.00 Uhr, Bürgerhaus Grone, Martin-Luther-Straße 10 (Zufahrt vom Greitweg aus)

(Das Treffen ist durch die Größe des Raumes auch unter „Corona-Bedingungen“ möglich) Der ursprünglich angekündigte Termin im März wurde wegen Corona verschoben.

Die Groner Gruppe wird eine Einführung dazu geben, wie der Wahlkampf über das Gebiet des Ortes Grone hinaus geführt werden kann. Außerdem sollen die hier wohnenden Mitglieder die Möglichkeit haben, sich als Kandidat*innen für die Liste des Wahlbezirks 3 oder die zum Ortsrat Grone zu melden (Keine Wahl von Kandidat*innen!).

Alle Betroffenen werden eine schriftliche Einladung bekommen. Informationen bei Gunnar:

E-Mail: g.siebecke@posteo.de

► Kommunalwahlprogramm beschlossen

In einer Präsenzveranstaltung im Jungen Theater trafen sich am 20. März etwas mehr als 25 Aktive der Göttinger Linken, die bei strikter Einhaltung der Hygieneregeln ihr Kommunal-Wahlprogramm für Stadt und Landkreis Göttingen beschlossen und zuvor auch noch einen Corona-Schnelltest über sich ergehen lassen mussten.

Vorausgegangen war eine mehr als viermonatige Programmdiskussion. Nach der

ersten Kommunalpolitischen Konferenz am 7.11. hatten sich ursprünglich zehn Arbeitsgruppen gebildet, die am 30. Januar in einer digitalen Konferenz ihre Zwischenergebnisse vorstellten. Schätzungsweise waren knapp 30 Personen in den Arbeitsgruppen an der Programmdiskussion beteiligt.

Das Programm gliedert sich in insgesamt neun Punkte und zahlreiche Unterkapitel. In der Gliederung und auch seiner

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Oliver Preuß, Bärbel Safieh.
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

goelinke-alg-gruppe@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr

Di: 13:00 – 17:00 Uhr

Mi: 14:00 – 17:00 Uhr

Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)

Bärbel Safieh

Edgar Schu

Länge entspricht es in etwa den beiden Kommunalwahlprogrammen für Stadt und Landkreis von 2011 und 2016, die jeweils etwas über vierzig DIN-A5-Druckseiten lang gewesen sind. Auch diese Programme waren in verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeitet und in jeweils drei Kommunalpolitischen Konferenzen besprochen worden.

Neben der inhaltlichen Information für potentielle Wählerinnen und Wähler wird das jetzige wie die vorigen Programme auch eine Orientierung für die Göttinger Linke in Göttinger Stadtrat und Ortsräten, sowie für die Partei DIE LINKE im Kreistag, kreisangehörigen Städten und Gemeinden darstellen.

In der Diskussion zeigte sich, dass die konkreten inhaltlichen Forderungen in den Programmpunkten überhaupt nicht umstritten waren. Unterschiedliche Auffassungen zeigten sich nur bei der Gliederung des Programms, die aber dann beibehalten worden ist. Das Programm wurde inhaltlich beschlossen und wird in den kommenden Tagen entsprechend der Diskussion redaktionell bearbeitet. Geplant ist auch die Ausgabe eines Kurzprogramms, das etwa vier DIN-A-4 Seiten umfassen soll. Hinzu kommen thematische Flyer zu wichtigen Themen wie Wohnen, Klima oder Kultur.

Unsere Rede zum Haushalt 2021

Nach den Beratungen zu einem neuen Haushalt ist es normalerweise üblich, dass die Fraktionen Stellung nehmen zu dem vorgelegten Haushaltsentwurf.

Von diesem Vorgehen werde ich in diesem Jahr abweichen, weil die Beratungen zu diesem Haushalt nicht wie vorgesehen und abgesprochen durchgeführt wurden.

Das Vorgehen der „Haushaltsmehrheit“ stand vielmehr im Widerspruch zu der immer wieder in der Öffentlichkeit und Presse geforderten Transparenz und der öffentlichen Diskussion. In mehreren Fachausschüssen wurde bei der 2. Lesung „Beratungsbedarf“ von ihr eingefordert und dies zum Beispiel mit den Worten „Wir arbeiten schließlich genau“ begründet. Eine völlig banale Begründung, denn das sollte für jeden Kommunalpolitiker selbstverständlich sein. Die Folge dieses Vorgehens war dann, dass in den zuständigen Fachausschüssen keine öffentliche und kontroverse Diskussion mehr stattfand.

Der Gipfel dieser antidemokratischen Vorgehensweise war es aber wohl Anträge anderer Fraktionen ohne Diskussion abzulehnen mit der Begründung man habe keine Zeit zur Beratung gehabt, geschehen z.B. Kulturausschuss. Einen Tag vor dem letzten Finanzausschuss kamen dann die Anträge der „Haushaltsmehrheit“. Ein ungeheurer Vorgang. Innerhalb von 20 Stunden sollten diese Anträge von den anderen Fraktionen besprochen, bewertet, in den Gesamthaushaltsplan eingeordnet werden und Ergänzungen und Änderungsanträge eingebracht werden. Erst nach Einspruch und Kritik unserer Fraktion gab es im Finanzausschuss am 02. März einen Kompromiss, der die Haushaltsberatungen um eine Woche verschob. Selbst in dieser Finanzausschusssitzung gab es noch die Begründung, dass sie soviel Zeit gebraucht hätten. Dies ist ihnen wohl immer erst kurz vor der 2. Lesung eingefallen.

Wer sollte hier eine andere Absicht unterstellen? Wenn dieses Verfahren auch in Zukunft stattfinden soll, dann kann man die 2. Lesung streichen und dann darf man nicht mehr von Transparenz und öffentlicher Mitwirkung sprechen.

Warum sprechen Verwaltung, SPD und „Die Grünen“ bei diesem Haushalt immer wieder von einem „Sparhaushalt“, setzen aber gleichzeitig den Schuldendeckel bis 2023 aus? Ein Widerspruch? Nein!

Eine Selbstverständlichkeit durch die Steigerung der Ausgaben durch die Pandemie. Der laufende Haushalt war ausgeglichen und auch in dem zu genehmigenden Haushalt sollte die Unterstützung der Organisationen, die gute und beständige Arbeit geleistet haben und ehrenamtlich arbeiten, weiterhin im Interesse unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen unterstützt werden. Warum werden dann aber die finanziellen Hilfen für Organisationen wie Seebrücke, Medinetz und Schlaug gekürzt oder ihre berechtigten Anträge nicht aufgenommen?

Warum wird die geplante Streichung von 50.000,-€ beim Sammeltopf für Flüchtlingsarbeit nicht in den Sammeltopf für allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen übertragen und auch in diesem Jahr im Haushalt verankert?

Es sollte doch wohl jedem klar sein, dass die genannten Organisationen und die aus dem Sammeltopf geförderten Organisationen durch die Auswirkungen der Pandemie mehr gefragt sein werden.

Die Benennung des Haushaltes 2021 als Sparhaushalt hat wohl eher den Hintergrund, nicht so genehme Organisationen zu beschneiden oder sie zu ignorieren. Durch die Pandemie stehen viele Bürgerinnen und Bürger am Rande der Existenz, aber im krassen Gegensatz dazu soll eine GmbH mit 40.000,-€ bezuschusst werden, um ein Fußballturnier auszurichten. Dafür fehlt uns und sicherlich auch der Mehrheit der Bevölkerung jegliches Verständnis.

Es gibt „papierlose Menschen“, die von Medinetz betreut werden und auf finanzielle Hilfen z. B. bei Krankenhausaufenthalten angewiesen sind. Leider gibt es für diese Personen zu häufig eine Ablehnung bei der Beantragung der Kostenübernahme durch die Sozialverwaltung, aber die Möglichkeit der Unterstützung durch Medinetz.

Für die Beschleunigung des Bauens von bezahlbaren Wohnungen sehen wir in diesem Haushalt keine konkreten Ansätze. Lediglich beschlossen wurde im Finanzausschuss die allgemeine Zielvorgabe „Steigerung des kommunalen Wohnungsbaus“. Ausgerechnet bei diesem für Göttinger Bürgern und Bürgerinnen wichtigsten Thema, dem sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau, fehlt der Haushaltsmehrheit offenbar die Phantasie.

Gelder, die diesem Ziel eigentlich dienen sollten, aber nicht abgefragt wurden, könnten zielgenauer eingesetzt werden. Stattdessen wird der 500.000 € Ansatz für dieses Jahr schlicht gestrichen. Sollte man sich nicht fragen, ob ein Instrument ungeeignet ist, wenn es nicht genügend nachgefragt wird? Wir haben immer wieder alternative Vorschläge gemacht, die aber stets von einer großen Mehrheit im Rat abgelehnt worden sind.

Es gibt noch mehrere Beschlüsse für diesen Haushalt, die nach unserer Meinung nicht in Einklang stehen mit den immer wieder in Reden und in der Presse veröffentlichten Stellungnahmen der „Haushaltsmehrheit“ und den Festlegungen in diesem Haushalt, die wir nicht nachvollziehen können.

Ich verzichte aber darauf, sie hier aufzuzählen.

Wir werden einigen Teilhaushalten zustimmen, dem Gesamthaushalt können wir aber nicht zustimmen.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Di: 9:00 – 13:00 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

► Home sweet Homeoffice

Geil. Ausschlafen. Arbeiten wenn´s passt. Arbeitszeit per Hand erfassen ;-) Ganz Familienmensch sein in dieser schwierigen Zeit.

Der Laptop wird auf dem Esstisch aufgeklappt. Zugegeben, ein bisschen betagt, die Technik. Meine Frau trifft´s aber schlimmer – sie hat meinen Abgelegten und baut den mir gegenüber auf. Ist doch schön! Da kann man mehr Zeit miteinander... Als sie auch noch n paar Aktenordner auspackt muss ich schnell nachziehen und das Terrain sichern. Hm, der große Esstisch wirkt jetzt klein.

Die Akkus halten nicht lange, also müssen die Netzteile angeschlossen werden. Die Kabel kringeln sich über Teppich. (Gibt's eigentlich Arbeitsunfälle im Homeoffice? Naja, den Papierkrieg möchte ich mir gar nicht vorstellen.) Jedenfalls, als ich das zweite Mal gestolpert bin werden sie mit Paketklebeband fixiert. Später wird man dort hässliche Flecken auf dem Teppich sehen – Mann, hab ich geflucht als ich versuchte die wegzuschrubben!

Das neueste Equipment hat natürlich unser Großer. Er geht in die 9te und braucht das für die Schule. Nicht etwa zum Zocken – naain, ganz bestimmt nicht! Wenn der Große in seinem Zimmer

streamt, wackelt hier im Wohnzimmer die Verbindung zur Videokonferenz. Da müssen dann die Anderen auf mein Bild verzichten, damit wenigstens der Ton überkommt.

Gleichzeitige Videokonferenzen gingen zuerst gar nicht. Wegen der ganzen Rückkopplungen und dem Durcheinandergequatsche. Erst als ich mir das Headset vom Großen geliehen (braucht er nur für die Schule - ehrlich!) und meine Frau eins von der Arbeit mitgebracht hat, ging´s einigermaßen.

Also dienstliche Geheimnisse können nicht behandelt werden in dieser familiären Situation. Überhaupt kriegt man mehr mit als einem lieb ist. Gespräche wie „Du glaubst gar nicht, was mir heute passiert ist“ finden nicht mehr statt, weil „Äh, doch. Ich saß dir die ganze Zeit gegenüber.“ Und abends geht dann der Gesprächsstoff aus und wir schweigen uns an. Nicht gut.

Apropos familiäre Situation. Home-schooling. Klar habe ich mein Abitur, aber Mathe ist nicht mehr so präsent. Wenn dann mein Großer auf mich zu kommt, weiten sich die Lücken zu Tälern, wenn nicht gar zu Ebenen. Peinlich, peinlich!

Bei unserer Kleinen, sie geht in die 3te, ist das nicht so das Problem. Da

geht's eher darum klar zu machen, dass man nicht ständig als Spielkamerad ansprechbar ist. Obwohl man zu Hause ist.

Wenn man denn dann im Homeoffice zum Arbeiten kommt, flutscht es ja. Man fühlt sich nicht ständig kontrolliert und wird nicht so oft durch Kollegen gestört. Ja, da fehlt dann mal eine Akte. Oder der bequeme Bürostuhl. Oder der zweite Bildschirm!!!

Die Videokonferenzen aus dem Homeoffice erlauben ja unerwartete Einblicke. Ich erwarte gar nicht, dass die Kollegen im Bürozwirn vor der Kamera sitzen. Aber frisch aus dem Bett gefallen sieht nicht immer hübsch aus. Und was hat der denn da im Regal stehen? Das geht ja gar nicht!

Obwohl wir kilometerweit voneinander entfernt vorm Monitor sitzen, fehlt es mir manchmal an Distanz.

Was mir auch fehlt ist ein Lächeln beim Drucker, das Lästern vorm Kaffeeautomaten und die Einigkeit in der Frühstückspause, wie blöd doch der Chef ist. Viele Witzchen und Bemerkungen aus den Dienstbesprechungen verbieten sich, weil familiäre Ohren gespitzt sein können. Und so manche kleine Hilfe von den Kollegen möchte man nicht an die große Glocke einer Videokonferenz hängen.

Ach, ich sehne mich nach meinem Büro! (OT)

► Altenpflege: Caritas lehnt bundesweiten Tarifvertrag ab!

Zu diesem Thema begegnete uns folgender Aufruf, den wir gern dokumentieren:

Scheinheilig: Die Caritas fordert mehr Solidarität mit Pflegekräften, verhindert aber einen flächendeckenden Tarifvertrag – und damit faire Löhne. Arbeitsminister, Gewerkschaft und selbst ein Arbeitgeberverband waren sich schon einig, doch ohne Zustimmung der Caritas kann der Tarifvertrag nicht in Kraft treten. Die Folge:

Hunderttausende Pflegekräfte müssen weiterhin durch 12-Stunden-Schichten hetzen – für Mindestlohn.

Die Caritas beruft sich auf christliche Werte. Jetzt muss sie auch danach handeln, eine würdevolle Pflege zu gutem Lohn ermöglichen und dem Pflege-Tarifvertrag zustimmen.

Ich habe deshalb gerade den Campact-Appell an die Caritas unterzeichnet. Bitte unterschreibe auch Du – und ver-



breite ihn weiter: <https://campact.org/caritas-emum-2>

Beste Grüße, Ein*e Freund*in

► 16.03.2021: In den USA haben Repräsentantenhaus und Senat ein 1.900 Milliarden US-Dollar schweres Corona-Hilfspaket (American Rescue Plan) beschlossen

++ "Erstmals ist etwas für die arbeitenden Menschen und nicht für die herrschende Klasse beschlossen worden", meint Anita Waters von der Kommunistischen Partei ++ "die konsequenteste Gesetzgebung für arbeitende Menschen

seit vielen, vielen Jahrzehnten" schreibt Bernie Sanders ++ "es gibt noch viel zu tun, aber das hier ist bedeutend", sagt Alexandra Ocasio-Cortez ++ die linken Kräfte haben schon die nächsten Maßnahmen im Blick.

Weiterlesen: <https://www.kommunisten.de/rubriken/internationales/8145-usa-linke-reaktionen-auf-die-unterzeichnung-des-1-9-billionen-hilfspakets>